



Nr. 8 / 30. September 2022

Der Zuwanderungsbeauftragte zur Aufnahme aus Afghanistan

Der schleswig-holsteinische Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen begrüßt das im Landtag vorgebrachte Ansinnen der Regierungsparteien und des SSW, sich auf Bundesebene für die Aufnahme von akut bedrohten Menschen aus Afghanistan einzusetzen. Stefan Schmidt teilt den Wunsch, bedrohte Personen in der Größenordnung in Schleswig-Holstein aufzunehmen, die im Zuge der letztjährigen Evakuierungsmaßnahmen anvisiert worden war.

Anlässlich der heutigen Debatte im Schleswig-Holsteinischen Landtag lobt der Zuwanderungsbeauftragte, dass die Landesregierung an ihrem Wunsch festhält, besonders gefährdete Personen aus Afghanistan aufzunehmen: „Die Versäumnisse des Bundes vor der Machtübernahme durch die Taliban im vergangenen Jahr und noch während der Evakuierungsmaßnahmen machen eine Aufnahme heute sicherlich ungleich schwieriger. 2021 habe ich die Zusage, die die Landesregierung den Afghaninnen und Afghanen in Schleswig-Holstein gemacht hat, sehr gelobt. Ich glaube auch, dass sich in der Bereitschaft der Betroffenen, Namen und Aufenthaltsorte ihrer gefährdeten Familienangehörigen preiszugeben, ein immenses Vertrauen gegenüber den politischen Institutionen ihrer neuen Heimat ausgedrückt hat. Nach meinem Verständnis zeigt sich in dem fortgesetzten Engagement für diese Personengruppe gegenüber dem Bund, dass sich das Land an seine Zusage gebunden fühlt“, sagt Stefan Schmidt.